

## Schlagzeilen

### Kath. BAG berufliche Bildung veranstaltete Fachtagung zum deutschen Qualifikationsrahmen

(BAG) Am 17./18. März führte die kath. BAG berufliche Bildung eine Fachtagung zum aktuellen Stand der Umsetzung des deutschen Qualifikationsrahmens durch. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer diskutierten die möglichen Auswirkungen auf die berufliche Bildung und die allgemeine Weiterbildung in Deutschland.

Siehe Seite 2

### Berufsbildungsbericht 2009 vorgelegt / Rund 616.000 neu abgeschlossene Ausbildungsverträge

(BMBF) Das BMBF hat am 1. April im Bundeskabinett den Berufsbildungsbericht 2009 vorgelegt. Demnach wurden im Zeitraum zwischen dem 1. Oktober 2007 und dem 30. September 2008 rund 616.000 Ausbildungsverträge neu abgeschlossen. Im Vergleich zum Vorjahr sind dies zwar 1,5 Prozent weniger.

Siehe Seite 4

### Inhalt

#### Aus der katholischen Bildungsarbeit

Seite 2: Prof. Dr. Josef Anton Stüttler gestorben  
Kath. BAG berufliche Bildung veranstaltete Fachtagung zum deutschen Qualifikationsrahmen  
Seite 3: Josefstag: Bischöfe und politisch Verantwortliche setzen Zeichen gegen Jugendarbeitslosigkeit  
Caritas will Pfleger durch computergestütztes Lernen fit machen

#### Bildungspolitik

Seite 4: Berufsbildungsbericht 2009 vorgelegt / Rd. 616 Tsd. neue abgeschlossene Ausbildungsverträge  
Berufsbildungsbericht 2009: Caritas-Präsident fordert stärkere Berufsvorbereitung  
Junge Menschen nicht im Stich lassen  
Seite 5: Perspektiven für junge Menschen eröffnen  
Staatsministerin Maria Böhmer fordert gleiche Ausbildungschancen für Migranten  
Prämiengutschein ab 1. April  
Seite 6: Grünes Licht für Verbesserungen beim Meister-BAföG  
Bildungskredit: Mehr Flexibilität ab April  
Seite 7: KMK erleichtert Zugang für Berufstätige  
Bundesagentur braucht mehr Geld - auch für mehr aktive Arbeitsmarktförderung  
Seite 8: Vereinbarung der Spitzenorganisationen zur beruflichen Fortbildung  
Wuppertaler Kreis: Weiterbildungsbeteiligung nachhaltig stärken!

Seite 8: "Langzeitarbeitslose brauchen klare Zuständigkeiten"  
Seite 9: DGB: Qualifizierte Facharbeiter sollten einen besseren Zugang zu Hochschulen bekommen  
Modernisierungsprogramm für Berufskolleg  
Seite 10: Förderschüler: Konzept zur besseren Integration in den Arbeitsmarkt

#### Nachrichten

Seite 10: Studie: Anbieter fördern die Weiterbildung ihrer Lehrenden  
Weiterbildungsinteresse steigt seit Jahresbeginn stark an  
Seite 11: Studie zur Gewinnung von "Bildungsfernen" für die Weiterbildung  
BIBB-Befragung zum Ausbildungsbonus  
Ausbilden: Eine Investition für Betriebe, die sich auszahlt  
Seite 12: 1000 Euro für einen Lehrling

#### Publikationen / Medien

Cedefop veröffentlicht Glossar zur europ. Bildungspolitik  
JobXL - Interaktiv zum neuen Job  
Seite 13: Kursnet neu ausgerichtet  
Zukunft des dualen Systems

#### Termine

Seite 13: BIBB-Fachtagung, Bad-Godesberg  
Weiterbildungsmesse "Bildunghoch2", Frankfurt  
Fachtagung Bildungsverband, Bonn

#### Dokumentationen

BDA: Der Deutsche Qualifikationsrahmen (DQR) – Aktueller Stand

Seite 14

Diskussionsvorschlag eines Deutschen Qualifikationsrahmens für lebenslanges Lernen. Erarbeitet vom „Arbeitskreis Deutscher Qualifikationsrahmen. Februar 2009

Seite 21

## Aus der katholischen Bildungsarbeit

### Professor Dr. Josef Anton Stüttler gestorben



(Kolping) Nach langer und schwerer Erkrankung ist Professor Dr. Josef Anton Stüttler im Alter von 78 Jahren am 25. Februar 2009 gestorben. Er war seit 1970 Mitglied des Koordinierungsausschusses und ab 1982 bis zu seiner Verabschiedung 1996 Mitglied des Hauptausschusses der katholischen Bundesarbeitsgemeinschaft für Berufliche Bildung. Gleichzeitig war er Mitglied verschiedener Untergruppen und Projektgruppen z.B. zu den Themen unkonventionelle Beschäftigungsinitiativen sowie Erwerbslosenbildung. Herr Prof. Stüttler hat die inhaltliche Arbeit der BAG in diesem Zeitraum entscheidend geprägt. Seine Mitautorenschaft bei den "Grundlagen zum Verständnis von beruflicher Bildung aus christlicher Sicht" sei hier beispielhaft genannt. Von 1966 bis 1970 war Stüttler als Wissenschaftlicher Assistent und Leiter der Studententagungen am

Sozialinstitut Kommende des Paderborner Erzbistums in Dortmund. Von 1970 bis 1972 war er Referent für Gesellschaftspolitik beim deutschen Kolpingwerk und wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bundes- und Generalsekretariat. 1972 erhielt er einen Ruf an die Katholische Hochschule Nordrhein-Westfalen, Abteilung Köln als Professor für Philosophie, insbes. Sozialphilosophie, ab 1980 für Sozialphilosophie, Politikwissenschaft einschließlich Sozialpolitik am Fachbereich Sozialwesen. 1996 wurde er emeritiert.

Stüttler war Berater des Kolpingwerks Deutschland von 1972 bis 1996. 1976 war er maßgeblich an der Erstellung der "Paderborner Programms" des Kolpingwerkes beteiligt und hat damit den Rahmen des Kolpingwerkes im politischen und gesellschaftspolitischen Bereich bis heute gelegt.

### Kath. BAG berufliche Bildung veranstaltete Fachtagung zum deutschen Qualifikationsrahmen

(BAG) Am 17./18. März führte die kath. BAG berufliche Bildung eine Fachtagung zum aktuellen Stand der Umsetzung des deutschen Qualifikationsrahmens durch. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer diskutierten die möglichen Auswirkungen auf die berufliche Bildung und die allgemeine Weiterbildung in Deutschland.

**Ulrich Schüller**, Abteilung bildungs- und forschungspolitische Grundsatzfragen beim Bundesministerium für Bildung und Forschung, skizzierte die Entwicklung und berichtete über den aktuellen Stand in der Entwicklung eines deutschen Qualifikationsrahmens als Transparenzinstrument für Abschlüsse. Er sieht die Verbesserung der Durchlässigkeit und die Chance der Überwindung der „Versäulung“ in der Bundesrepublik. Die Stufen eines nationalen Qualifizierungsrahmens müssen nach seiner Meinung über jeden Weg erreichbar sein. Er betonte, dass die Niveaustufe 1 eine Eintrittsstufe sei. Der deutsche Qualifikationsrahmen soll in einer Erprobungsphase in vier Berufsfeldern (IT, Metall- und Elektro, Handel, Gesundheit und Pflege) erprobt werden. Ziel der Erprobungsphase ist die Überprüfung der Tragfähigkeit der Zuordnungen. Ab 2010 soll es dann Empfehlungen an die politischen Akteure geben. Die Teilnehmer brachten insbesondere Fragestellungen der Anerkennung der informellen und nonformalen Bildung sowie der außerschulischen Bildung ein.

Mit **Uwe Schummer** MdB wurde insbesondere das Verhältnis der Bewertung schulischer und betrieblicher Leistungen angesprochen. Er setzt sich für das Ziel einer Gleichwertigkeit von schulischer und beruflicher Bildung ein. Als wichtiges Kriterium bei der Umsetzung eines deutschen Qualifizierungsrahmens bewertete er die Annahme der Vorschläge durch die Wirtschaft. Uwe Schummer formulierte als wichtiges Ziel bei einer Umsetzung die Bewahrung des Berufsprinzips. Von den meisten Politikern sei eine längere Erprobungsphase als bis 2011 gewünscht. Insgesamt dürfe der Prozess der Implementierung eines deutschen Qualifikationsrahmens nicht zu einer Zerschlagung der Berufsbilder führen. Die Einbindung von nonformalem und informellem Lernen ist erst für einen späteren Zeitpunkt geplant.

**Susanne Müller** (Abteilung Bildung / Berufliche Bildung, Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände) zeichnete insbesondere den möglichen Weg einer Erprobungsphase vor. Die Erprobungsphase der Implementierung eines DQR hat als Ziel die Überprüfung der Deskriptoren hinsichtlich ihrer Funktion, Qualifikationen niveaugerecht zuzuordnen. Auf der Grundlage der Ergebnisse soll ein Leitfaden erstellt werden. Die BDA spricht sich für eine individuelle und differenzierte Zuordnung von Qualifikationen anhand der Kompetenzbeschreibungen des DQR aus. Die BDA wertet dies als konsequente Umsetzung des „Outcome“ Ansatzes. Kompetenzfeststellungsverfahren für informelles Lernen könnten gegebenenfalls auch die Betriebe durchführen.

**Hermann Nehls** vom DGB Bundesvorstand, berufliche Bildung, betonte die Wichtigkeit der Gleichwertigkeit von beruflicher und schulischer/ akademischer Bildung sowie von Durchlässigkeit. Probleme sieht er in der Zuordnung der Niveaus ohne Hauptschulabschluss. Als entscheidende Fragen bei der Implementierung eines deutschen Qualifikationsrahmens formulierte er die Frage nach der zuordnenden Stelle. Sind es die

Schulen, Kammern und Hochschulen oder wie in Schottland und Irland eigene Institutionen unter Beteiligung der Sozialpartner. Weiterhin die Frage nach einer Anerkennung von nonformalen und informellen Kompetenzen. Er plädierte für eine ressortübergreifende Beschlussfassung der Ministerien in diesem Bereich.

### **Josefstag: Bischöfe und politisch Verantwortliche setzen Zeichen gegen Jugendarbeitslosigkeit**

(BDKJ) Eigentlich weiß der Bundestagsabgeordnete Karl Schiewerling (CDU) genau, wo seine Stärken liegen. Aber heute steht der Politiker neben Weihbischof Dr. Josef Voß im Dülmener Kolping-Berufsbildungswerk und findet im Profiling-Test gemeinsam mit jungen Arbeitslosen heraus, was ihn und sie stark macht. Abgeordneter und Bischof: Das ist nur eines von dutzenden Tandems aus Kirche und Politik, das sich am 12. März in Deutschland für junge Menschen ohne Ausbildung und Arbeit eingesetzt haben.

13 Bischöfe, 14 Bundestagsabgeordnete, zwei Europa-Parlamentarier und viele regionale Verantwortliche aus Politik und Kirche haben beim dritten bundesweiten Josefstag am 12. März mehr als 60 katholische Einrichtungen der Jugendsozialarbeit besucht.

Unter dem Motto „Jugend braucht Perspektive – Kirche und Politik beflügeln“ haben sie dabei ein Zeichen gegen Jugendarbeitslosigkeit gesetzt. „Wir weisen damit auf die Perspektivlosigkeit vieler junger Menschen hin. Denn immer mehr stehen ohne Aussicht auf Arbeit oder Ausbildung da. Politik muss Rahmenbedingungen verbessern, damit tatsächlich allen Jugendlichen die gleichen Chancen eröffnet werden“, erklärten die drei Träger des Aktionstages in Düsseldorf.

Zur wachsenden Zahl von jungen Menschen, die durch Integrationsangebote nicht erreicht werden, erklärte der parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Dr. Hermann Kues aus Anlass des Josefstages: „Wir können es uns nicht leisten, junge Menschen auf der Verliererstraße zu belassen oder einfach aufzugeben. Es muss unser wichtigstes Anliegen sein, Kindern und Jugendlichen gleichermaßen gesellschaftliche Teilhabechancen zu eröffnen, sie zu unterstützen und Rahmenbedingungen zu schaffen, damit sie ihre vielfältigen Talente und Fähigkeiten entwickeln können.“ Kues ermutigte Mitarbeitende in den kirchlichen Einrichtungen, weiterhin „so engagiert zum Wohl der benachteiligten jungen Menschen zu arbeiten.“

Die katholische Kirche werde sich weiter für junge Arbeitslose einsetzen, so Jugendbischof Dr. Franz-Josef Bode. „Jeder junge Mensch ist gleich wertvoll. Deshalb wollen und müssen wir jedem und jeder Einzelnen die Chance auf ein sinnerfülltes Leben geben. Unser Augenmerk gilt denen mit schlechteren Startchancen. Wir wollen aus vermeintlichen Verlierern Gewinner machen.“ In ihren über 300 Einrichtungen der Jugendsozialarbeit ermöglichen katholische Kirche und Verbände jährlich rund 30.000 Jugendlichen einen Einstieg in Ausbildung oder Berufsleben.

In bundesweit 60 katholischen Einrichtungen waren beim dritten Josefstag von Rostock bis Regensburg Politiker, Bischöfe und Jugendliche gemeinsam aktiv. Die bundesweite Aktion zum Josefstag, den die katholische Kirche zum Gedenken an den Schutzpatron der Jugendlichen und Arbeiter eigentlich am 19. März begeht, wurde wegen der Sitzungswoche im Bundestag auf den 12. März vorverlegt. Der Josefstag ist eine gemeinsame Aktion des „arbeit für alle“ e.V., einer Initiative des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ), der Arbeitsstelle für Jugendseelsorge der Deutschen Bischofskonferenz (afj) und der Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit (BAG KJS).

*Weitere Infos: [www.josefstag.de](http://www.josefstag.de).*

### **Caritas will Pfleger durch computergestütztes Lernen fit machen**

(Caritas/KNA). Die Caritas will ihre Alten- und Krankenpfleger durch computergestütztes Lernen fit machen. Dazu vereinbarten der Wohlfahrtsverband im Erzbistum Paderborn und die Universität Paderborn ein entsprechendes Forschungsprojekt. Ziel ist es zu klären, wie das E-Learning stärker in die Weiterbildung im Sozial- und Gesundheitssektor einbezogen werden kann.

Das Projekt ist auf zwei Jahre angelegt. Dabei sollen Mitglieder des Diözesanen Ethikrates das elektronische Lernen testweise erproben. Außerdem wollen die Forscher das bundesweite interne Kommunikationsnetz der Caritas „CariNet“ analysieren. Bis Ende 2010 soll es Handlungsempfehlungen zur Online-Weiterbildung von Alten- und Krankenpflegern geben.

## Bildungspolitik

### Berufsbildungsbericht 2009 vorgelegt / Rund 616.000 neu abgeschlossene Ausbildungsverträge

(BMBF) Das BMBF hat am 1. April im Bundeskabinett den Berufsbildungsbericht 2009 vorgelegt. Demnach wurden im Zeitraum zwischen dem 1. Oktober 2007 und dem 30. September 2008 rund 616.000 Ausbildungsverträge neu abgeschlossen. Im Vergleich zum Vorjahr sind dies zwar 1,5 Prozent weniger. Die demografische Entwicklung führt jedoch auch zu einer geringeren Nachfrage an Ausbildungsplätzen. Die Lage ist aus Sicht der Jugendlichen damit deutlich besser als noch vor einigen Jahren. Erstmals seit dem Jahr 2001 übertraf Ende September 2008 die Anzahl der noch unbesetzten Ausbildungsplätze (rund 19.500) sogar die Zahl der noch unversorgten Bewerberinnen und Bewerber (rund 14.500).

Während die Zahl der Ausbildungsverträge in Westdeutschland um 0,3 Prozent stieg, sank die Zahl in Ostdeutschland um neun Prozent. Die Zahl von mehr als 502.000 neuen Ausbildungsverträgen ist für die alten Länder das beste Ergebnis seit 1992. In den neuen Ländern dagegen macht sich die demografische Entwicklung bereits jetzt mit sinkenden Bewerberzahlen auf dem Markt deutlich bemerkbar.

Der Berufsbildungsbericht 2009 erscheint erstmals in einer neuen Form: einem politischen Teil, der vom BMBF erarbeitet und von der Bundesregierung beschlossen wird - und einem Datenreport, der vom Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) erstellt wird.

*Download des Berufsbildungsberichts: [www.bmbf.de/pub/bbb\\_09.pdf](http://www.bmbf.de/pub/bbb_09.pdf)*

*siehe auch Datenreport des BIBB:*

*[http://datenreport.bibb.de/media2009/datenreport\\_bbb\\_vorversion\\_090401.pdf](http://datenreport.bibb.de/media2009/datenreport_bbb_vorversion_090401.pdf)*

### Berufsbildungsbericht 2009: Caritas-Präsident fordert stärkere Berufsvorbereitung schon in der Schule

(Deutscher Caritasverband) Kein Grund zur Freude ist nach Ansicht des Deutschen Caritasverbandes (DCV) der Blick in den Berufsbildungsbericht. So wurden im Jahr 2008 rund 620.000 Ausbildungsverträge abgeschlossen, fast 10.000 weniger als im Jahr zuvor.

Als nicht hinnehmbar bezeichnet Caritas-Präsident Peter Neher die Tatsache, dass es 320.450 junge Menschen gibt, die sich seit einem oder mehreren Jahren erfolglos um einen Ausbildungsplatz bewerben. „Betroffen sind vor allem junge Menschen mit einem Hauptschulabschluss. Sie haben nur eine geringe Chance, einen Ausbildungsplatz zu finden“, kritisiert Neher. Besonders betroffen sind zudem junge Ausländer. Hier lag die Quote der Ausbildungsbeteiligung bei knapp 24 Prozent im Gegensatz zu fast 58 Prozent bei deutschen Jugendlichen.

Als eine Ursache dieser Fehlentwicklung auf dem Ausbildungsmarkt nennt Neher die Tatsache, dass die Angebote zur Berufsorientierung und zur Berufsvorbereitung in den Schulen zu spät einsetzen. Bereits in der Schule bräuchten die Jugendlichen Angebote, die ihre persönliche Entwicklung, die Kompetenz zur Auswahl eines Berufs und ihre Ausbildungsfähigkeit unterstützten. Dazu müsse die Vorbereitung auf das Berufsleben verbindlich in den Lehrplan ab der siebten Klasse aufgenommen werden.

*[www.caritas.de](http://www.caritas.de)*

### Junge Menschen nicht im Stich lassen

(Kolpingwerk Deutschland) "Die Unternehmen dürfen in dieser Wirtschaftskrise die jungen Menschen nicht im Stich lassen", betont Florian Liening-Ewert. Er ist Bundesleiter der Kolpingjugend und gehört dem Bundesvorstand des Kolpingwerkes Deutschland an. Die Ausbildungsumfrage des Deutschen Industrie- und Handelskammertages weise dramatische Zahlen aus. Bis zu zehn Prozent weniger Ausbildungsplätze sind demnach zu befürchten.

"Kolpingjugend und Kolpingwerk Deutschland, halten es für falsch, in Zeiten der Wirtschaftskrise an der Ausbildung junger Menschen zu sparen", betonte Liening-Ewert in Köln. Neben der Hoffnungslosigkeit, die sich bei Jugendlichen breit mache, die keinen Ausbildungsplatz bekämen, sei der Rückzug aus der Ausbildung auch für die Unternehmen schädlich. "Die Auszubildenden von heute sind die Facharbeiter von morgen", machte der Kolpingjugend-Bundesleiter deutlich. "Unternehmen, die nicht ausbilden, verschenken eine Option auf die Zukunft."

Der katholische Sozialverband sehe sich in der Tradition seines Gründers als Mahner für eine qualifizierte Ausbildung gefordert. "Adolph Kolping war es ein Anliegen, jungen Menschen eine Perspektive zu geben und sich um ihre Belange zu kümmern. Wir dürfen nicht zulassen, dass sie schon vor ihrem Start in den

Arbeitsmarkt abgehängt werden." Junge Menschen seien die Hoffnungsträger von Morgen: "Es lohnt sich mehr denn je, in sie Kraft, Zeit und Geld zu investieren und sie intensiv zu begleiten und zu fördern."

[www.kolping.de](http://www.kolping.de)

## **Perspektiven für junge Menschen eröffnen**

(Kolping) „Um Jugendlichen eine Zukunft zu ermöglichen, dürfen die Anstrengungen auf dem Ausbildungsmarkt nicht verlangsamt werden.“ Das forderte Florian Liening-Ewert. Er ist Bundesleiter der Kolpingjugend und gehört dem Bundesvorstand des Kolpingwerkes Deutschland an. Anlass war die Veröffentlichung des Berufsbildungsberichtes 2009.

Der Berufsbildungsbericht spricht von einem rechnerisch ausgeglichenen Ausbildungsmarkt. Diese Einschätzung teilt Liening-Ewert nur bedingt. Die Anzahl der Ausbildungsverträge ist mit 616.259 auf einem hohen Stand. Dies sei, so der Kolpingjugend-Bundesleiter, erfreulich. Aber auch wenn sich der Ausbildungsmarkt in den letzten Jahren verbessert habe, könne nicht von einer Entspannung auf dem Ausbildungsmarkt gesprochen werden. „Von einem auswahlfähigem Angebot sind wir weit entfernt“, betonte Liening-Ewert.

Oftmals gelinge eine Versorgung der Jugendlichen mit Ausbildungsplätzen nur, weil viele von ihnen zunächst auf Ersatzangebote auswichen. Diese Jugendlichen hielten allerdings in den meisten Fällen ihren eigentlichen Vermittlungswunsch aufrecht. Hinzu kämen andere ehemalige Bewerber, die ihr Berufsleben ohne eine Ausbildung starten sowie unversorgte Bewerber. „Deshalb ist die Anzahl der Jugendlichen, die einen Ausbildungsplatz suchen höher als offiziell angegeben“, stellte Liening-Ewert fest.

[www.kolping.de](http://www.kolping.de)

## **Staatsministerin Maria Böhmer fordert gleiche Ausbildungschancen für Migranten**

(Bundesregierung) Staatsministerin Maria Böhmer fordert gleiche Ausbildungschancen für Migranten. "Das Ausbildungsgefälle zwischen jungen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund ist nicht hinnehmbar", erklärte die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung anlässlich des Berufsbildungsberichtes 2009.

Der Berufsbildungsbericht 2009 zeigt, dass im Vergleich zu den einheimischen Jugendlichen noch immer mehr als doppelt so viele Jugendliche aus Zuwandererfamilien die Schule abbrechen (16 Prozent gegenüber 6,4 Prozent, Zahlen jeweils aus 2007). Ausländer haben trotz gleichen Interesses auch größere Probleme bei der Ausbildungsplatzsuche; 39,4 Prozent von ihnen bleiben ohne Ausbildungsabschluss (im Vergleich zu 11,8 Prozent der Deutschen).

"Eine erfolgreiche Ausbildung ist ein zentraler Beitrag zur Integration und ein Schutzschild gegen Arbeitslosigkeit", erklärte die Integrationsbeauftragte dazu. "Ausbildungsreife, Ausbildungsbeteiligung und Ausbildungserfolg von Jugendlichen aus Zuwandererfamilien müssen deutlich gesteigert werden. Unser Land braucht alle klugen Köpfe und fleißigen Hände. Die Unternehmen sollten gerade jetzt in die Ausbildung investieren, um das Potenzial der Migranten zu nutzen."

Der Nationale Integrationsplan sieht vor, Jugendliche mit Migrationshintergrund besonders intensiv zu fördern. Die Bundesländer haben sich verpflichtet, das schulische Leistungsniveau von Jugendlichen aus Zuwandererfamilien bis 2012 an das Niveau der Einheimischen anzugleichen. Staatsministerin Maria Böhmer: "An diesem Ziel muss weiter konsequent gearbeitet werden, denn jeder einzelne hat seine Chance verdient."

## **Prämiengutschein ab 1. April**

(BMBF) Mit dem Prämiengutschein unterstützt der Staat die Finanzierung von individueller beruflicher Weiterbildung für Erwerbstätige. Besonders Menschen mit geringem Einkommen sollen unterstützt werden, um vermehrt in die eigene berufliche Zukunft zu investieren. Ab 1. April 2009 gelten hierfür höhere Einkommensgrenzen: Arbeitnehmer sowie Selbständige, deren zu versteuerndes Jahreseinkommen maximal 20.000 Euro (bei gemeinsam Veranlagten sind es 40.000 Euro) beträgt, können ab sofort bei einer von 300 Beratungsstellen einen Prämiengutschein beantragen. Damit profitieren jetzt rund 17 Millionen Erwerbstätige in Deutschland vom Prämiengutschein - bislang waren es 15 Millionen.

Mit dem Prämiengutschein übernimmt der Staat bis zu 50 Prozent der Weiterbildungskosten, maximal 154 Euro. Interessierte erhalten den Prämiengutschein in einer Beratungsstelle in ihrer Nähe. Die Beraterinnen und Berater prüfen die Voraussetzungen und helfen darüber hinaus bei der Suche nach passenden Weiterbildungsinhalten und den entsprechenden Angeboten in der Umgebung.

Hintergrund der Verbesserung: Im Mitarbeiterkapitalbeteiligungsgesetz hat die Bundesregierung unter anderem die Einkommensgrenze im Vermögensbildungsgesetz (VermBG) angehoben. Die Einkommensgrenze für den Erhalt eines Prämiegutscheins ist mit dieser identisch, sie steigt deswegen in gleicher Weise.

Der Prämiegutschein ist eine Komponente aus dem Programm "Bildungsprämie" des Bundesministeriums für Forschung und Bildung (BMBF). Seit dem 1. Januar umfasst die Bildungsprämie außer dem Prämiegutschein eine weitere Komponente: Mit dem "Weiterbildungssparen" kann jeder, der über ein nach VermBG gefördertes Ansparguthaben verfügt, damit auch vor Ablauf der Sperrfrist seine berufliche Weiterbildung finanzieren - der Anspruch auf die Arbeitnehmersparzulage bleibt weiter bestehen. So lassen sich leichter aufwändige Weiterbildungen finanzieren. Beide Komponenten - Prämiegutschein und Weiterbildungssparen - können übrigens miteinander kombiniert werden. Erwerbstätige können also doppelt profitieren, wenn sie alle Voraussetzungen erfüllen.

Siehe: [www.bildungspraemie.info](http://www.bildungspraemie.info)

## Grünes Licht für Verbesserungen beim Meister-BAföG

(BMBF) Der Bundesrat hat dem Regierungsentwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes (AFBG bzw. Meister-BAföG) zugestimmt. Bund und Länder hatten beim Bildungsgipfel in Dresden vereinbart, die Bereiche Bildung und Weiterbildung noch stärker zu fördern. Mit der AFBG-Novelle werden in den nächsten vier Jahren etwa 272 Millionen Euro zusätzlich in die Aufstiegsfortbildung investiert. Der Bund trägt hiervon etwa 212 Millionen Euro, die Länder rund 60 Millionen Euro.

So erhalten nun auch diejenigen, die bereits eine selbstfinanzierte Fortbildung absolviert haben, einen Rechtsanspruch auf Förderung einer weiteren Aufstiegsfortbildung. Bislang wurde stets nur die erste Aufstiegsfortbildung gefördert.

Ferner erhalten zukünftig alle, die die Prüfung bestehen, einen Darlehensteilerlass in Höhe von 25 Prozent des auf die Lehrgangs- und Prüfungsgebühren entfallenden Restdarlehens. Betragen die Gesamtkosten beispielsweise 10.000 Euro, so erhalten erfolgreiche Teilnehmer statt der bisherigen 3.050 Euro (30,5 Prozent) künftig 4.787 Euro (rund 48 Prozent) der Lehrgangs- und Prüfungsgebühren als Zuschuss vom Staat erstattet.

Besonders deutlich wirken sich die Verbesserungen für Fortbildungswillige mit Kindern aus. Sie erhalten für jedes Kind statt bisher 179 Euro pro Monat nunmehr 210 Euro, die zudem mit 50 Prozent bezuschusst werden und nicht mehr wie bisher nur als Darlehen gewährt werden. Für einen Verheirateten mit zwei Kindern erhöht sich der Unterhaltsbeitrag von 1.243 auf 1.310 Euro (675 Euro Bedarfssatz + 215 Euro Ehegatte + 2 x 210 Euro Kinder), der Zuschussanteil steigt von 229 auf 439 Euro. Alleinerziehende profitieren zudem von einem monatlichen Kinderbetreuungszuschuss von 113 Euro pro Kind unter 10 Jahren, der künftig ohne Kostennachweis gezahlt wird.

Existenzgründungen nach der Fortbildung und die Schaffung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen werden fortan noch stärker honoriert. Bislang wurde ab einer Einstellung von mindestens zwei Personen ein Darlehensentlass in Höhe von 66 Prozent gewährt. Mit dem neuen Gesetz reicht bereits die dauerhafte Einstellung eines einzigen neuen Mitarbeiters oder Auszubildenden, um einen Darlehensteilerlass in Höhe von 33 Prozent zu erhalten.

Diese und andere Leistungsverbesserungen werden nach dem Inkrafttreten des Gesetzes am 1. Juli 2009 künftig auch für die Aufstiegsfortbildung zum Erzieher sowie die neu einbezogenen Fortbildungen in der Altenpflege gelten.

Die Fördermöglichkeiten für fortbildungswillige Migranten mit einer Bleibeperspektive in Deutschland werden ebenfalls verbessert. Vor allem müssen sie nicht mehr wie bisher vor der Fortbildung mindestens drei Jahre lang berufstätig gewesen sein.

*Eine Gegenüberstellung der Unterhaltsbeiträge nach dem AFBG vor und nach der AFBG-Novelle finden Sie unter [www.bmbf.de/pub/gegenueberstellung\\_afbg\\_novelle.pdf](http://www.bmbf.de/pub/gegenueberstellung_afbg_novelle.pdf)*

## Bildungskredit: Mehr Flexibilität ab April

(BMBF) Das Bildungskreditprogramm des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) wird zum April dieses Jahres durch neue Regelungen flexibler. Die neuen Förderbestimmungen wurden gemeinsam mit dem für die Durchführung des Programms zuständigen Bundesverwaltungsamt und der für die Darlehensvergabe zuständigen KfW-Bankengruppe entwickelt. Es wird in Zukunft leichter, auf einen

Darlehensbedarf punktgenau einzugehen. Zielgruppe für den BMBF-Bildungskredit sind Schülerinnen, Schüler und Studierende in fortgeschrittenen Ausbildungsphase.

Das Kreditprogramm ist eine Ergänzung zur Förderung nach dem BAföG und kann unabhängig davon beantragt werden.

Bei einer maximalen Kreditsumme von 7.200 Euro pro Ausbildungsabschnitt können Auszubildende künftig bis zu 24 gleich bleibende Monatsraten von 100, 200, oder 300 Euro frei wählen. Zudem können sie - unter Beachtung der maximalen Darlehenssumme von 7200 Euro - stattdessen oder daneben eine Einmalzahlung von bis zu 3.600 Euro beantragen, wenn sie glaubhaft machen, dass sie die Einmalzahlung etwa für besondere Ausbildungszwecke benötigen. Die Kreditnehmerinnen und Kreditnehmer können den Bildungskredit jederzeit zum Ende eines Monats kündigen. Die Rückzahlungspflicht beginnt vier Jahre nach dem Tag, an dem die Auszahlung der ersten Kreditrate fällig wurde.

[www.bmbf.de](http://www.bmbf.de)

### **KMK erleichtert Zugang für Berufstätige**

(KMK) Die Länder haben den Übergang von der beruflichen Bildung in die Hochschulen verbessert und damit eine der zentralen Selbstverpflichtungen der Qualifizierungsinitiative vom Oktober vergangenen Jahres erfüllt. Die Kultusministerkonferenz verabschiedete in Stralsund einen Beschluss, der Inhabern beruflicher Aufstiegsfortbildungen (Meister, Techniker, Fachwirte und Inhaber gleich gestellter Abschlüsse) den allgemeinen Hochschulzugang eröffnet und die Voraussetzungen definiert, unter denen beruflich qualifizierte ohne Aufstiegsfortbildung den fachgebundenen Zugang zur Hochschule erhalten.

Bislang bestehen bereits in allen Ländern der Bundesrepublik Möglichkeiten des Hochschulzugangs für beruflich qualifizierte Bewerber ohne schulische Hochschulzugangsberechtigung. Die jetzt erzielte Einigung stellt eine echte Harmonisierung beim Hochschulzugang dar und ist damit ein Beitrag zur Stärkung der Bildungsmobilität in Deutschland. Jetzt haben die Länder eine gemeinsame Basis zur gegenseitigen Anerkennung der Hochschulzugangsberechtigung für beruflich qualifizierte gefunden, die an die Erfüllung bestimmter Voraussetzungen gebunden ist, ohne länderspezifische Ausprägungen auszuschließen.

[www.kmk.org](http://www.kmk.org) >Presse und Aktuelles

### **Bundesagentur braucht mehr Geld – auch für mehr aktive Arbeitsmarktförderung**

(Bundesagentur) Der Verwaltungsrat der Bundesagentur für Arbeit (BA) hat für das Jahr 2009 einen Nachtragshaushalt mit einem Finanzvolumen von 5,0 Milliarden Euro festgestellt.

Aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise sind die Eckwertannahmen der Bundesregierung für das Jahr 2009, nach denen die BA im Oktober vergangenen Jahres den Haushaltsplan für 2009 erstellt hatte, überholt. Im Januar hatte die Bundesregierung den Jahreswirtschaftsbericht veröffentlicht, der für das Bruttoinlandsprodukt statt eines Wachstums um 0,2 Prozent einen Rückgang von 2,25 Prozent vorsieht. In diesem Zusammenhang wird nunmehr ein Rückgang der Zahl abhängig Beschäftigter um 0,8 Prozent gegenüber Vorjahr unterstellt, während der Haushaltsplan noch von einer Minderung um nur 0,1 Prozent ausging.

Bei diesem Szenario werden sich die Beitragseinnahmen der BA für 2009 insgesamt um 186 Millionen Euro auf 22,45 Milliarden Euro bei 26,71 Millionen Versicherungspflichtigen vermindern. Die Ausgaben für das Arbeitslosengeld erhöhen sich voraussichtlich um 1,8 Milliarden Euro auf 17,18 Milliarden Euro, weil die Zahl der Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt 2009 um 253.000 auf 3.518.000 steigt.

Darüber hinaus hat die Bundesregierung das Konjunkturpaket II mit einem Gesamtvolumen von 50 Milliarden Euro beschlossen, in dem BA-relevante Bestandteile enthalten sind. Zur Umsetzung des Maßnahmenpakets II der Bundesregierung hat der Verwaltungsrat den Eingliederungstitel um insgesamt 810 Millionen Euro auf insgesamt 4,5 Milliarden Euro aufgestockt; darunter 300 Millionen Euro mehr für das Sonderprogramm zur Wiedereingliederung Geringqualifizierter und beschäftigter Älterer (WeGebAU) sowie 200 Millionen Euro für die Qualifizierung wieder eingestellter Arbeitnehmer. Damit setzt der Verwaltungsrat einen Akzent, im Interesse der Betriebe und Arbeitnehmer die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken und sich speziell der Probleme Jugendlicher anzunehmen.

[www.arbeitsagentur.de](http://www.arbeitsagentur.de)

## Vereinbarung der Spitzenorganisationen zur beruflichen Fortbildung

(KWB) Die im Kuratorium der Deutschen Wirtschaft für Berufsbildung (KWB) vertretenen Spitzenorganisationen Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK), Hauptverband des Deutschen Einzelhandels (HDE), Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH), Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI) und Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels (BGA) sowie der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) haben ihre Vereinbarung zur beruflichen Fortbildung von 1996 aktualisiert und fortgeschrieben.

Ziel der Neufassung, die Sie beiliegend finden (Anlage), ist es, die Regelungsmöglichkeiten der beruflichen Weiterbildung auch zukünftig umfassend zu nutzen und die Aufstiegsfortbildung als wichtiges Instrument zur Sicherung der Attraktivität der beruflichen Bildung zu fördern. Hierzu müssen Innovationen in der beruflichen Fortbildung vorangetrieben werden, neue Regelungen entsprechend dem bildungspolitischen Bedarf schnell geschaffen werden und die Überführung von Kammerregelungen in bundesweite Fortbildungsordnungen bei entsprechendem Bedarf beschleunigt werden.

In regelmäßigen gemeinsamen Sitzungen vereinbaren die Spitzenorganisationen von Wirtschaft und Gewerkschaften Neuordnungsprojekte und nehmen so ihr Initiativrecht in der beruflichen Fortbildung wahr. Die Abstimmung der Spitzenorganisationen von Wirtschaft und Gewerkschaften ist daher auch eine maßgebliche Vorgabe für die Entscheidung des Ordnungsgebers.

*Download:*

[www.kwb-berufsbildung.de/fileadmin/pdf/2008\\_Fortschreibung\\_Fortbildungsvereinbarung\\_DGB\\_KWB.pdf](http://www.kwb-berufsbildung.de/fileadmin/pdf/2008_Fortschreibung_Fortbildungsvereinbarung_DGB_KWB.pdf)

## Wuppertaler Kreis: Weiterbildungsbeteiligung nachhaltig stärken!

(Wuppertaler Kreis) Gut qualifizierte Fach- und Führungskräfte sind im weltweiten Wettbewerb der entscheidende Faktor für die Leistungsfähigkeit der Unternehmen und damit auch für nachhaltiges Wachstum. In Deutschland ist Qualifikation unmittelbar eine der entscheidenden Ressourcen für wirtschaftlichen Wohlstand. Die absehbare demografische Entwicklung mit einem mittel- bis langfristig sinkenden Potenzial der Erwerbspersonen und einer insgesamt älter werdenden Belegschaft erfordert darüber hinaus weitere Anstrengungen, um die Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft zu erhalten.

Für die betriebliche Weiterbildung ergeben sich daraus vielfältige Anforderungen: In einer Wissensgesellschaft ist Bildung das einzige zur Verfügung stehende Mittel, um den Wandel aktiv zu gestalten. Qualifikation und Kompetenz sind der Schlüssel für den Erfolg der Unternehmen und die Zukunft unserer Gesellschaft.

Der Wuppertaler Kreis e.V., der Dachverband der Weiterbildungseinrichtungen der Wirtschaft, legt hierzu ein Programm für Qualifikation und Kompetenz vor, das die nachstehenden fünf Punkte zum Gegenstand eines politischen Manifests macht:

- Verantwortung stärken: Grundregeln für die Förderung betrieblicher und individueller Weiterbildung
- Biografiegerechte Weiterbildungsangebote
- Kompetenzmanagement in den Unternehmen
- Finanzierungsinstrumente für Weiterbildung
- Gesellschaftliche Risiken - individuelle Hilfen

*Download des Papiers unter [www.wkr-ev.de](http://www.wkr-ev.de)*

## „Langzeitarbeitslose brauchen klare Zuständigkeiten“

(BDA) Die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland ist im Februar um 63 000 auf 3 552 000 gestiegen. Das waren 66 000 weniger als vor einem Jahr, berichtete die Bundesagentur für Arbeit (BA) am Donnerstag (26. Februar). Die Arbeitslosenquote nahm um 0,2 Punkte auf 8,5 Prozent zu. Vor einem Jahr hatte sie bei 8,6 Prozent gelegen.

Die saisonbereinigte Erwerbslosenzahl nahm im Februar um 40 000 auf 3,311 Millionen zu. Im Westen stieg die um jahres-zeitliche Einflüsse bereinigte Erwerbslosenzahl um 34 000, im Osten um 6000. Nicht saisonbereinigt ist die Erwerbstätigkeit von Dezember auf Januar um 733.000 auf 39,85 Millionen gesunken. Gegenüber dem Vorjahr hat die Erwerbstätigkeit um 110.000 zugenommen; der Vorjahresabstand wird also zunehmend kleiner. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung lag im Dezember nach der Hochrechnung der BA bei 27,58 Millionen; gegenüber dem Vorjahr war das ein Zuwachs von 354.000. Anlässlich der neuesten Arbeitsmarktzahlen hat Arbeitgeberpräsident Dr. Dieter Hundt eine leistungsfähige Organisation zur Unterstützung von Langzeitarbeitslosen gefordert:

„Gerade jetzt im Abschwung brauchen wir eine gute und leistungsfähige Organisation zur Aktivierung und Unterstützung von Langzeitarbeitslosen. Der vorgeschlagenen Umstrukturierung der Hartz IV-Verwaltung fehlen klare Zuständigkeiten.

Mit den geplanten Zentren für Arbeit und Grundsicherung werden die Zielvorgaben des Bundesverfassungsgerichts doppelt verfehlt: Der Vorschlag schafft weder klare Verantwortlichkeiten noch die nötige Transparenz über Wirkung und Wirtschaftlichkeit. Im Gegenteil: Die derzeitige Mischverwaltung wird als gesetzlich organisierte Verantwortungslosigkeit zementiert, die bürokratischen Abstimmungsprozesse werden noch komplizierter.

Die Politik muss dringend Klarheit schaffen. Dafür ist die kommunale Zuständigkeit bei gleichzeitig enger Kooperation mit den Arbeitsagenturen der beste Weg. Damit erhalten die Betroffenen Leistungen aus einer Hand. Die Finanzierung durch den Bund gebietet, dass die Kommunen im Fürsorgebereich die gleiche Transparenz über Wirkung und Wirtschaftlichkeit herstellen, wie sie die BA im Bereich der Arbeitslosenversicherung geschaffen hat.“

### **DGB: Qualifizierte Facharbeiter sollten einen besseren Zugang zu Hochschulen bekommen**

(DGB) Anlässlich der Auftaktveranstaltung zur Arbeitskräfteallianz im Bundesministerium für Arbeit und Soziales begrüßte es der DGB-Vorsitzende Michael Sommer in Berlin ausdrücklich, dass sich Arbeitgeber und Politik gemeinsam mit den Gewerkschaften der Aus- und Weiterbildung von Fachkräften widmen. Gut ausgebildete und qualifizierte Fachkräfte seien der Garant für den Standort Deutschland. Sie stünden für gute und innovative Produkte.

„Nur wenn Deutschland die Aus- und Weiterbildung massiv ausbaut sowie die Ausdehnung des Niedriglohnssektors stoppt, können wir unsere Arbeitsmarktprobleme lösen und langfristig international wettbewerbsfähig sein“, sagte Sommer.

Angesichts der fatalen Wirkungen der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise müsse die Frage des Arbeits- und Fachkräftebedarfs heute anders beantwortet werden als in der konjunkturellen Aufschwungphase der letzten Jahre. „Aktuell kommt es darauf an, die Fachkräfte in den Betrieben zu halten - Entlassungen müssen vermieden werden.“ Und, so Sommer weiter: „Im Interesse der Betriebe muss die Kurzarbeit für die Qualifizierung der Beschäftigten genutzt werden“ Denn eins sei klar: „Beim Anziehen der Konjunktur brauchen Unternehmen rasch gut qualifizierte, mit den Betriebsabläufen vertraute Fachkräfte.“ Für alle Seiten sei es daher schädlich, Mitarbeiter zu entlassen und damit Qualifikationen zu vernichten.

Langfristig müssen Politik und Gesellschaft auf die Folgen der demographischen Entwicklung und den damit drohenden Fachkräftemangel reagieren. „Weiterbildung der Beschäftigten, ein verbessertes Bildungswesen und mehr Durchlässigkeit im Bildungssystem sind dafür die maßgeblichen Faktoren“, unterstrich Sommer.

Er verwies hierbei auf die erschreckenden Zahlen zur Qualifikation junger Menschen in Deutschland. „In Deutschland haben rund anderthalb Millionen junge Erwachsene im Alter zwischen 20 und 29 Jahren keinen Berufsabschluss“, sagte Sommer. Besonders bedrückend sei die Lage für junge Migranten: 40 Prozent von ihnen erhielten keine weiterführende schulische oder berufliche Ausbildung. Selbst junge Menschen mit guten Abschlüssen würden später im Berufsleben wegen ihrer Herkunft benachteiligt. „Wir fordern daher, dass auch die Kinder von Einwanderern gleiche Chancen erhalten. Auch mit Blick auf den demographischen Wandel kann es sich Deutschland als Einwanderungsland nicht leisten, diese Qualifikationen einfach zu ignorieren.“

Zudem sollten insbesondere qualifizierte Facharbeiter einen besseren Zugang zu Hochschulen bekommen. Die systematisch vernachlässigten Un- und Angelernten müssten dringend verstärkt in die berufliche Fort- und Weiterbildung einbezogen werden, damit ihre Potenziale ausgeschöpft werden könnten.“ Im internationalen Vergleich nähme Deutschland in Sachen beruflicher Fortbildung jedoch immer noch einen der traurigen hinteren Ränge ein,“ kritisierte Sommer.

[www.dgb.de](http://www.dgb.de)

### **Modernisierungsprogramm für Berufskolleg**

(Land NRW) Mit rund 28 Millionen Euro will die nordrhein-westfälische Landesregierung die Ausstattung der Berufskollegs in den Fördergebieten der Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GA) fördern. Das Wirtschafts- und das Schulministerium des Landes haben dieses Sonderprogramm für die Berufskollegs entwickelt. Die Mittel stammen aus der GA, die mit insgesamt rund 154 Millionen Euro in diesem Jahr fast drei mal so viel Fördermittel zur Verfügung stellt wie im Vorjahr.

Gefördert wird schwerpunktmäßig die Ausstattung der Berufskollegs mit modernen Maschinen- und Fachräumen (z.B. CNC- CAD-Anlagen).

Die Mittel aus dem Programm für die berufliche Aus- und Weiterbildung wurden auf die Fördergebiete nach dem gleichen Schlüssel verteilt wie die Gelder aus dem Konjunkturpaket II.

[www.nrw.de](http://www.nrw.de) >Presseservice

### **Förderschüler: Konzept zur besseren Integration in den Arbeitsmarkt**

(Land NRW/KNA) Nordrhein-Westfalen will nach Worten von Landesarbeitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) „ein flächendeckendes Angebot“ zur Berufsausbildung für alle lernbehinderten Schüler schaffen. „Unser Ziel ist, dass kein lernbehinderter Jugendlicher nach Verlassen der Förderschule verloren geht“, sagte Laumann in Düsseldorf. Derzeit seien in NRW etwa 3.900 Absolventen von Schulen für Lernbehinderte ohne Berufsausbildungsstelle. Gerade in Zeiten einer tiefgreifenden Wirtschafts- und Finanzkrise dürfen „die Schwächsten nicht noch zusätzlich benachteiligt werden“, so der Minister.

Das Land will laut Laumann künftig „ehrenamtliche Lotsen“ gewinnen, die lernbehinderte Jugendliche durch Schulangebote, Qualifizierungsmaßnahmen und Behörden am Ende zu einer Berufsausbildung führen. Für diese Tätigkeit würden insbesondere ehemalige Berufsschullehrer und Handwerksmeister angesprochen. Sie erhielten eine Kostenpauschale von 250 Euro für Aufwendungen und Fahrtkosten. Ein Lotse soll sich um zehn Jugendliche kümmern und dabei jeweils einem Jugendlichen wöchentlich eine Stunde Hilfestellung geben.

[www.nrw.de](http://www.nrw.de) >Presseservice

## **Nachrichten**

### **Studie: Anbieter fördern die Weiterbildung ihrer Lehrenden**

(wbmonitor) „Personalentwicklung bei Weiterbildungsanbietern“ war Themenschwerpunkt der vom Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) und vom Deutschen Institut für Erwachsenenbildung (DIE) durchgeführten wbmonitor-Umfrage, an der sich mehr als 1.800 Anbieter beruflicher und allgemeiner Weiterbildung beteiligt haben.

Die Mehrheit der Anbieter unterstützt die Weiterbildung ihrer Lehrenden; insbesondere die größeren Anbieter liegen hier vorn. Dabei profitieren vor allem die fest angestellten Lehrkräfte, die in dieser Branche jedoch in der Minderheit sind. Das Stammpersonal wird vielfach nicht nur durch Fachpublikationen, sondern auch bei der Teilnahme an Tagungen, Vorträgen oder Bildungsmessen sowie durch Freistellung und/oder Beteiligung an Weiterbildungskosten unterstützt. Auch die Durchführung interner Weiterbildungen und die Anrechnung von Seminarteilnahmen als Arbeitszeit haben einen hohen Stellenwert.

Weiterbildungsbedarf sieht jeder zweite Anbieter beim Thema »Erfolgreich Lehren« – der Kernaufgabe von pädagogisch Tätigen. Hier dürften sich neue methodisch-didaktische Anforderungen z.B. durch Einsatz neuer (Selbstlern-)Medien niederschlagen. Fortbildungen zur besseren Marktpositionierung der eigenen Einrichtung stehen bei den Weiterbildungsanbietern ebenfalls ganz oben auf der Agenda.

Siehe [www.wbmonitor.de](http://www.wbmonitor.de)

### **Weiterbildungsinteresse steigt seit Jahresbeginn stark an**

(InfoWeb Weiterbildung) Das Weiterbildungsinteresse in Deutschland ist seit Jahresbeginn deutlich angestiegen. Dies zeigt ein neuer Index des InfoWeb Weiterbildung, der Suchmaschine für Weiterbildungskurse des Deutschen Bildungsservers. Für den Index werden die Besuche bei Weiterbildungsdatenbanken seit Sommer 2008 ausgewertet. Derartige Besuche, in denen nach Kursen und anderen Weiterbildungsangeboten, wie z.B. E-Learning gesucht wird, sind ein unmittelbarer Ausdruck des Weiterbildungsinteresses in der Bevölkerung.

Mit dem Bekanntwerden des Ausmaßes der Wirtschaftskrise im September 2008 zeigte der Verlauf des Indizes zunächst einen starken Rückgang des Weiterbildungsinteresses bis zum Jahresende. Parallel zur Zunahme der über Kurzarbeit von der Arbeit freigestellten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (deren Anzahl stieg laut Bundesagentur für Arbeit von ca. 290.000 im Januar auf ca. 700.000 im Februar) und den Maßnahmen der Bundesregierung zur Förderung der Weiterbildung bei Kurzarbeit stieg das Weiterbildungsinteresse seit Jahresbeginn bis Februar 2009 gegenüber Dezember 2008 um 63% an.

Auch Weiterbildungsanbieter verzeichnen ein gestiegenes Interesse von Einzelpersonen an ihren Angeboten, allerdings bleiben die Firmen-Teilnehmer bislang noch aus (Financial Times Deutschland vom 9.3.09). Insofern scheinen die Fördermaßnahmen von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zwar wahrgenommen und auch Weiterbildung als Möglichkeit zur Nutzung der durch Kurzarbeit gewonnenen Freizeit gesehen zu werden, jedoch zögern die Firmen noch, dieses Interesse ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu unterstützen.

Wolfgang Plum, der Leiter des InfoWeb Weiterbildung, stellte den neuen Index auf der Sitzung des Gremiums zum InfoWeb Weiterbildung am 19. März 2009 im BMBF vor. Dort wurden u.a. auch die Ergebnisse der diesjährigen Online-Umfrage der Nutzerinnen und Nutzer von Weiterbildungsdatenbanken präsentiert, die das InfoWeb Weiterbildung 2009 zum siebten Mal durchgeführt hat.

*Grafiken und weitere Informationen unter [www.bildungsserver.de/link/iwwb\\_wbinteresse\\_02\\_2009](http://www.bildungsserver.de/link/iwwb_wbinteresse_02_2009).*

## **Studie zur Gewinnung von „Bildungsfernen“ für die Weiterbildung**

(IWAK) Ausgangspunkt des Projektes „Betriebliche und berufliche Weiterbildung für Bildungsferne in Hessen“ des Instituts für Wirtschaft, Arbeit und Kultur (IWAK Frankfurt) war der Befund einer überproportionalen Arbeitslosigkeit Älterer und Geringqualifizierter. Um vor dem Hintergrund des demographischen Wandels die Beschäftigungsfähigkeit der älteren Beschäftigten zu erhalten und dem regional und sektoral auftretenden Fachkräftemangel entgegenzuwirken, müssen die Beschäftigten kontinuierlich am lebenslangen Lernen beteiligt werden; andernfalls können sie nicht mehr dem fortschreitenden technologischen, strukturellen und wirtschaftlichen Wandel mithalten.

Letztlich ist die Motivation entscheidend dafür, ob sich ein Individuum für eine Weiterbildung entscheidet oder nicht. Dabei können auch Motive eine Rolle spielen, die nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Lerninteresse stehen, wie z.B. Kennenlernen anderer Menschen, soziale Akzeptanz, Wunsch oder Befehl von anderen. Wenn die eigene Motivation nicht ausreicht, um an Weiterbildung teilzunehmen und es aus wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gründen aber erwünscht ist, die Teilnahme der Bildungsfernen an der Weiterbildung zu erhöhen, bedarf es somit unterschiedlicher Anreize.

An diesem Befund über die geringe Weiterbildung Beschäftigter der beiden Zielgruppen setzt das Projekt „Betriebliche und berufliche Weiterbildung Bildungsferner in Hessen“ an. Die Zielsetzung richtet sich darauf, Anreize und Bedingungen zu eruieren, die zu einer besseren Beteiligung „Bildungsferner“ in hessischen Betrieben an beruflicher sowie betrieblicher Weiterbildung führen, um die Beschäftigungsmöglichkeiten der Bildungsfernen zu erhöhen und ihr Arbeitslosigkeitsrisiko zu reduzieren.

*Download der Studie unter [www.iwak-frankfurt.de](http://www.iwak-frankfurt.de)*

## **BIBB-Befragung zum Ausbildungsbonus: Betriebe reagieren zurückhaltend**

(BIBBI) Der Ausbildungsbonus soll kurzfristig die beruflichen Integrationschancen von Altbewerberinnen und Altbewerbern auf dem Lehrstellenmarkt verbessern. Bisher haben aber nur rund zwei Prozent der Betriebe den Bonus genutzt, um zusätzliche Ausbildungsangebote für Altbewerberinnen und Altbewerber zu schaffen. Dies ist das Ergebnis einer repräsentativen Befragung des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) unter mehr als 1.000 Betrieben. Die Auswertungen des BIBB-"Ausbildungsmonitors" sind in der neuesten Ausgabe der BIBB-Fachzeitschrift "Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis - BWP", Heft 1/2009, veröffentlicht. Seit Sommer 2008 können Betriebe, die ihr Lehrstellenangebot für förderungsbedürftige Jugendliche ausweiten, einen finanziellen Zuschuss in Höhe von 4.000 bis 6.000 Euro pro Jugendlichen beantragen. Die Bundesagentur für Arbeit (BA) stellt hierfür bis 2010 insgesamt 450 Millionen Euro zur Verfügung.

Ein überdurchschnittliches Interesse am Ausbildungsbonus zeigten laut BIBB-Befragung Handwerksbetriebe, die bis Oktober 2008 zusätzliche Ausbildungsplätze für Altbewerberinnen und Altbewerber eingerichtet hatten. Hier liegt das Potenzial weiterer Anträge zudem am höchsten. Besonders interessiert zeigten sich Betriebe aus dem Baugewerbe, der Produktionsgüterindustrie, der Land- und Forstwirtschaft und zu einem geringeren Teil aus dem Verkehrs- und Nachrichtengewerbe.

*Weitere Informationen unter [www.bwp-zeitschrift.de/](http://www.bwp-zeitschrift.de/)*

## **Ausbilden: Eine Investition für Betriebe, die sich auszahlt**

(BIBB) Die Berufsausbildung lohnt sich für ausbildende Betriebe, auch wenn sie zunächst Kosten verursacht. Dies ist vor allem dem Nutzen der Ausbildung zu verdanken, der durch die Übernahme der Auszu-

bildenden erfolgt: So spart der Betrieb Kosten für die Personalgewinnung ein, und selbst Ausgebildete sind besser mit den betrieblichen Anforderungen vertraut als vom externen Arbeitsmarkt eingestellte Fachkräfte. Nicht zu vernachlässigen sind der Imagegewinn und die Attraktivität des ausbildenden Betriebes als Arbeitgeber. In einer repräsentativen Erhebung des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB), bei der rund 3.000 Betriebe zu Kosten und Nutzen der Ausbildung im Jahr 2007 befragt wurden, gab daher eine große Mehrheit an, dass sie mit dem Verhältnis von Aufwand und Ertrag "sehr zufrieden" bzw. "zufrieden" ist. Nur 10 % zeigten sich unzufrieden.

*Die Ergebnisse der BIBB-Befragung sind veröffentlicht in der neuesten Ausgabe des BIBB REPORT, Heft 8/2009, download: [www.bibb.de/de/51130.htm](http://www.bibb.de/de/51130.htm)*

### **1000 Euro für einen Lehrling**

(SHK) Die Innung Sanitär-Heizung-Klima Kreis Wesel (SHK) unterstützt die Einstellung von Lehrlingen in ihren Innungsbetrieben mit einem Bonus von 1000 Euro für jeden neu eingestellten Lehrling. Damit soll die Ausbildungsbereitschaft gesteigert werden, um mehr jungen Menschen eine Ausbildung zu ermöglichen. Neben der Wahrnehmung ihrer sozialen Verantwortung um die junge Generation verfolgt die Innung mit dieser Aktion die Nachwuchssicherung im SHK-Gewerbe. Der Vorstand der Innung hat der Innungsverammlung diesen Bonus am 31. März vorgeschlagen, welcher einstimmig angenommen wurde. Der Bonus wird mit den Ausbildungsgebühren und dem Innungsbeitrag verrechnet.

*Siehe [www.khwesel.de](http://www.khwesel.de)*

## **Publikationen / Medien**

### **CEDEFOP veröffentlicht Glossar zur europäischen Bildungspolitik**

(CEDEFOP) Das mehrsprachige Glossar (Englisch, Spanisch, Deutsch, Französisch, Italienisch und Portugiesisch) ist die aktualisierte und erweiterte Fassung der „Terminologie der Berufsbildungspolitik“ aus dem Jahr 2004. Es stellt einen Korpus ausgewählter Schlüsselbegriffe bereit, die für das Verständnis der aktuellen Politik der allgemeinen und beruflichen Bildung in Europa unerlässlich sind.

Das Glossar wurde vom Europäischen Zentrum für die Förderung der Berufsbildung (CEDEFOP) in Kooperation mit der Europäischen Stiftung für Berufsbildung (ETF), der Europäischen Kommission (GD Bildung und Kultur) und dem Informationsnetz zum Bildungswesen in Europa (Eurydice) erstellt.

*Link zum Downloaden:*

[www.cedefop.europa.eu/etv/Upload/Information\\_resources/Bookshop/369/4064\\_en.pdf](http://www.cedefop.europa.eu/etv/Upload/Information_resources/Bookshop/369/4064_en.pdf)

### **JobXL – interaktiv zum neuen Job**

(BA) „Du hast Zukunft“ – mit diesem optimistischen Ansatz starten die Bundesagentur für Arbeit (BA) und „Welt der Wunder“ am 31. März 2009 eine gemeinsame Job-Initiative auf der innovativen Internet-Plattform [wdwip.tv](http://wdwip.tv).

Menschen unterschiedlicher Alters- und Bildungsgruppen sollen über den interaktiven Internet-TV-Sender [wdwip.tv](http://wdwip.tv) ihren Job finden. In direktem Austausch mit den Nutzern zeigt JobXL, wie man der Arbeitslosigkeit entkommt, eine drohende Kündigung durch Weiterbildungsmaßnahmen abwendet oder seinen Traumjob findet. Am 31. März startet JobXL – immer dienstags, von 19.00 Uhr bis 20.00 Uhr.

JobXL versteht sich als innovativer Service- und Kommunikationskanal zum Thema „Beruf und Weiterbildung“. Die Live-Sendung richtet sich sowohl an Berufsanfänger als auch an jene, die mitten im Berufsleben stehen, sich nach neuen Perspektiven umschauen oder einen Weg aus der Arbeitslosigkeit suchen. Dabei ist die Themenpalette so breit gefächert wie das berufliche Leben selbst.

Auf dem Programm stehen Themen wie Berufswahl und Bewerbung, Auslandserfahrung und Weiterbildung, Konkurrenz und Karriere, aber auch Fragen zu Teilzeitarbeit, Vorruhestand oder Rente. Experten aus Wirtschaft, Verwaltung und Wissenschaft zeigen neue Wege, geben positive Beispiele und liefern konkrete Lösungen. Dabei geht es nicht nur um praktische Tipps und Tricks. JobXL erklärt die Hintergründe, weist auf die notwendigen Qualifikationen hin und erläutert, auf welchen Wegen sich bestimmte Berufswünsche erfüllen lassen.

Die Sendung kombiniert die Vorteile beider Medien zu einem innovativen und flexiblen Ratgeber- und Unterhaltungsmagazin, das die Zuschauer mit ihren persönlichen Fragen, mit individuellen Erfahrungen und

Erlebnissen aktiv mitgestalten. Über eine „Comment Box“ oder per Webcam können die User während der Live-Sendung direkt mit der Moderatorin und ihren Studiogästen kommunizieren. Ihre Beiträge werden damit Teil des Live-Programms. Neben der Sendung JobXL wird auf der Webseite von wdwp.tv eine eigene Plattform aufgebaut, auf der alle Sendungen abrufbar sein werden. Hinzu kommen zusätzliche Informationen und weiterführende Links, so dass im Laufe der Zeit ein einmaliger Wissensspeicher entsteht, der eine medienübergreifende Informationssammlung zu allen Bereichen des beruflichen Alltags enthält.

### **Kursnet neu ausgerichtet**

Die Bundesagentur für Arbeit hat ihr Internetportal zur beruflichen Aus- und Weiterbildung (Kursnet) neu gestaltet. Beim bereits seit 2005 bestehende Angebot ist neu jetzt vor allem die Möglichkeit, gezielt nach Kundengruppen auf die jeweiligen Angebote zuzugreifen bzw. eigene Angebote einzustellen.

*Siehe [www.kursnet.arbeitsagentur.de](http://www.kursnet.arbeitsagentur.de)*

### **Zukunft des dualen Systems**

Das Institut der Deutschen Wirtschaft hat eine neue Studie mit dem Titel, „Wie entwickeln sich angesichts des Strukturwandels zur Wissensgesellschaft und der Einführung der Bachelorstudiengänge die Chancen für duale Ausbildungsberufe und das duale System?“ vorgelegt. Die Untersuchung wurde für Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie angefertigt.

*Download des Abschlussberichtes unter [www.iwkoeln.de/Portals/0/pdf/dokumente\\_andere/2009/dokumente\\_wissensgesellschaft\\_studie.pdf](http://www.iwkoeln.de/Portals/0/pdf/dokumente_andere/2009/dokumente_wissensgesellschaft_studie.pdf)*

## **Termine**

22.-23.04.2009: „Flexibilitätsspielräume für die Aus- und Weiterbildung“, (Bonn-Bad Godesberg, BIBB-Fachtagung, Info: [www.bibb.de](http://www.bibb.de))

8.- 9. Mai 2009: Weiterbildungsmesse „Bildunghoch2“. Goethe-Universität Frankfurt. Infos: [www.bildunghoch2.de](http://www.bildunghoch2.de)

30.06.2009: „Deutsches Weiterbildungsforum“ mit dem Schwerpunktthema „Qualifizierung schafft Chancen und Sicherheit“. Beethovenhalle in Bonn, Fachtagung des Bildungsverbands, Info: [www.bildungsverband.info/dwf\\_vorank.htm](http://www.bildungsverband.info/dwf_vorank.htm)